

Zur politischen Sachlage

Das Bombodrom ist sicher keine Sache zum Jubeln, aber brauchen wir diesen Übungsplatz nicht auch zur Sicherung unserer Landesverteidigung?

Nein. Die Bundeswehr ist bis zur Wende sehr gut ohne diesen Schießplatz ausgekommen. Wieso soll er jetzt plötzlich unumgänglich sein, wo mit dem Warschauer Vertrag der Hauptfeind zusammengebrochen und Deutschland von Freunden „umzingelt“ ist? Die Behauptung, dass unsere Verteidigungsfähigkeit geschmälert würde, trifft also nicht zu. Auch die Grünen, als Regierungspartei, haben in einem Fraktionsbeschluss offiziell bestätigt, dass es für die Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes „keine militärische Notwendigkeit“ gibt!

Gibt es eine Alternative für die Bundeswehr?

Ja. Die Piloten können wie bisher über tatsächlich unbewohnten Gebieten trainieren. Sie bleiben dort zu mehrwöchigen Aufenthalten.

Die Bundeswehr meint, dies wäre eine zu große Zumutung für die Familien der Piloten?

Heute müssen viele Menschen dorthin gehen, wo Arbeit ist. Ob bei großen Konzernen oder in mittleren Unternehmen. Bauarbeiter z. B. sind auch oft wochenlang auf Montage in anderen Städten oder sogar Ländern. Das wird doch laut Hartz-Konzept gerade gefordert.

Stimmt es, dass Politiker aus den alten Bundesländern mit der Verlagerung der Schießübungen in den Osten in ihren Heimatregionen Stimmen fangen wollen?

Ja. CSU-Abgeordnete forderten die Verlagerung der Übungen von Siegenburg nach Wittstock. Sie wollen die Schießerei und die Tiefflüge bei sich zu Hause loswerden. Zugleich soll auch der Flugplatz Nordhorn, dessen Betriebserlaubnis von den örtlichen Behörden nicht verlängert wurde, geschlossen werden. Brandenburgs Innenminister Schönbohm (CDU und Ex-General) erklärte ganz offen: „Ich unterstütze die Pläne, da mit einem Luft-Boden-Schießplatz die Belastung im Westen abgebaut wird.“

Warum hat sich die Bundeswehr ausgerechnet Wittstock ausgesucht?

Weil man hier offensichtlich die geringste Gegenwehr erwartet hat. Eigentlich hatte sich die Bundeswehr ja nach dem Einigungsvertrag verpflichtet, keine Objekte der ehemaligen Sowjetarmee nachzuzuziehen. Aber an den bisherigen Übungsplätzen wächst der Protest der Bevölkerung gegen die permanente Belastung durch die Tiefflüge. Niemand möchte gern einen solchen Flugplatz haben. Nach EU-Kriterien gilt die jetzt betroffene Region in Brandenburg und Mecklenburg mit 40 Einwohnern pro Quadratkilometer als „nicht besiedelt“. Das macht sich die Bundeswehr zunutze und geht nach eigenen Angaben davon aus, dass hier – wörtlich – „mit nennenswertem Widerstand durch die Bevölkerung nicht zu rechnen ist“.

Heißt das nicht auch, dass man den Bürgern in den neuen Bundesländern in puncto Wahrnehmung ihrer demokratischen Grundrechte nicht viel zutraut?

In der Tat. Hier wird in gewissem Sinne die Trennung Deutschlands geistig fortgeführt. Offensichtlich spekulieren die Mehrheit der Bundespolitiker und Vertreter der Bundeswehrführung darauf, dass sich die „Ossis“ schon wegducken werden.

Spielt dabei auch Geld eine Rolle?

In zweifacher Hinsicht. *Erstens*: Die ehemaligen Liegenschaften der Sowjetarmee sind in das Eigentum des Bundes übergegangen. Die Bundesregierung ist also in der Pflicht zur Konversion des Geländes. Dafür müsste der Bund nach Expertenschätzungen eine Summe von ca. 200 Millionen Euro einsetzen! *Zweitens*: Mit der Konzentrierung aller Tiefflugübungen in der Kyritzer Heide will das Verteidigungsministerium Geld sparen. Auf Kosten der betroffenen Bevölkerung!

Wie stehen die beiden betroffenen Landesregierungen von Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg zum Bombodrom?

Die Regierung von Mecklenburg-Vorpommern hat sich klar gegen die Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes ausgesprochen und klagt gerichtlich dagegen. Die Brandenburger Landesregierung toleriert das Bombodrom. In der Regierungskoalition aus SPD und CDU spricht sich die SPD zwar in Erklärungen gegen das Bombodrom

aus, handelt aber nicht. Die CDU tritt für das Bombodrom ein.

Hat die Brandenburger Landesregierung belastbare Gutachten, Untersuchungen oder Studien über die Auswirkungen des Bombodroms anfertigen lassen?

Nein. Unerklärlicherweise nicht. Auf eine parlamentarische Anfrage (der PDS), ob denn die Auffassung der Landesregierung, dass die Wiederinbetriebnahme des Bombodroms „wirtschaftliche Impulse“ bringe, irgendwie belastbar wissenschaftlich gestützt sei, antwortete Wirtschaftsminister Junghanns, dass lediglich „die Ministerien ihr Ressort betreffende Stellungnahmen abgegeben“ hätten.

Hat die Brandenburger Landesregierung Stellungnahmen der IHK und anderer Wirtschaftsorganisationen eingeholt?

Nein. Hier wird deutlich, dass die Landesregierung fahrlässig handelt und das Bombodrom im Grunde genommen im Stillen hinnimmt.

Was sagt denn die Brandenburger Landesverfassung zur Thematik?

§ 40 Absatz 5: „Das Land wirkt darauf hin, dass militärisch genutzte Liegenschaften verstärkt einer zivilen Nutzung zugeführt werden.“

Mit Cargo-Lifter, Lausitz-Ring und Chipfabrik in Frankfurt (Oder) hat Ministerpräsident Platzek ein Flop-Erbe bei der Schaffung von Arbeitsplätzen übernommen ...

Doch jetzt steht er selbst in der Pflicht. Bei den genannten Projekten wurden Millionen Euro im märkischen Sand versenkt, um Arbeitsplätze zu schaffen. Jetzt besteht die Gefahr, dass bereits mit Millionenaufwand geschaffene Arbeitsplätze wieder vernichtet werden. Das wäre der vierte und schlimmste politische Flop!

Was sind die Strategien der Befürworter?

Erstens versucht man, angebliche ökonomische Vorteile herauszustellen. *Zweitens* wird alles getan, um die Folgen der Wiederinbetriebnahme des Bombodroms für die Menschen herunterzuspielen. Und *drittens* versuchen die Befürworter den Eindruck zu erwecken, dass die Wiederinbetriebnahme beschlossene Sache sei, gegen die nichts mehr unternommen werden könne.

Ist die Wiederinbetriebnahme des Bombodroms noch aufzuhalten?

Na, sicher. Dazu sind aber systematische und gezielte Anstrengungen nötig. Der juristische Weg wird mit den besten Anwälten ausgeschritten. Und es muss der Druck der Öffentlichkeit so erhöht werden, dass er die Politiker zwingt, auf ihre Wähler zu hören. Schließlich sind in Brandenburg im September Landtagswahlen.

Nicht die Befürworter, sondern die Gegner des Bombodroms stehen auf dem Boden der Brandenburger Verfassung!

Was ist geplant?

Worauf müssen sich die Menschen bei Wiederinbetriebnahme des Bombodroms einstellen?

Die Bundeswehr will in der Kyritzer Heide nach ihren eigenen Angaben jährlich 1.700 Luft-Boden-Übungen durchführen. Zu jedem Einsatz gehören fünf Anflüge.

Wer soll alles auf dem Bombodrom üben?

Das Bombodrom wird von Flugplätzen aus ganz Deutschland angefliegen. Fachleute vermuten, dass auch NATO-Partner in Wittstock Luft-Boden-Schießübungen abhalten werden. Darüber hinaus sind nach Bundeswehraussagen Hubschraubereinsätze geplant.

Wann fliegen die Jets?

An den Wochentagen sowohl am Tage als auch in der Nacht. Die Einsätze sollen gebündelt und auf 240 Tage und 120 Nächte im Jahr konzentriert werden. Es sind insgesamt 240 Nachteinsätze vorgesehen, die jeweils montags bis donnerstags bis 23.30 Uhr geflogen werden.

Wie tief gehen die Jagdbomber runter?

Im Platzanflug gehen die Jets bis auf 30 m herunter; auf dem Gesamtterritorium liegt die Flughöhe zwischen 150 m und 600 m. Zum Vergleich: Der zivile Flugverkehr hat eine Reishöhe von 10.000 Metern.

Was kann der Einzelne gegen das Bombodrom tun?

Vieles.

● **Die Politik hat versagt, die Demokratie noch nicht! Sprechen Sie mit Ihrem Landtagsabgeordneten oder schreiben Sie ihm! Unternehmen Sie diese kleine Mühe! Machen Sie klar, dass Sie kein Bombodrom wollen und dass Sie erwarten, dass Ihr Volksvertreter auch Volkes Meinung vertritt!**

● **Werden Sie Mitglied bei „PRO HEIDE – Unternehmervereinigung für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung e. V.“! Dieser eingetragene Verein hat es sich zum Ziel gemacht, die Wiederinbetriebnahme des Bombodroms mit allen legalen Mitteln zu verhindern und der Region eine gute wirtschaftliche Perspektive zu geben. Parteiübergreifend bündelt dieser Verein alle Stimmen gegen das Bombodrom zu einer gewaltigen Macht.**

● **Kommen Sie am 27. März um 14.00 Uhr zur von PRO HEIDE organisierten**

Großdemonstration

gegen das Bombodrom auf den Schulplatz von Neuruppin!

● **Am 19. September wählen gehen!**

PRO HEIDE – die Unternehmervereinigung für eine gesunde Wirtschaftsentwicklung e. V. wird alles dafür tun, die Frage des Bombodroms zu einer neuerlichen, namentlichen Abstimmung in den Brandenburger Landtag zu bringen, und zwar vor der Landtagswahl am 19. September. Schauen Sie sich genau an, wer für und wer gegen das Bombodrom gestimmt hat. Geben Sie den Befürwortern die Quittung und wählen Sie Bombodrom-Befürworter ab!

PRO HEIDE – die Unternehmervereinigung für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung

Kampagnebüro Seeufer 9, 16816 Neuruppin

Tel.: (03391) 4 56 53 82

E-Mail: buero@proheide.de

